

Pressespiegel

Zum Projekt „Organisationsuntersuchung in der Stadt Schleswig“



Projektleitung:

Dipl. Pol. Achim Poppelreuther

OMP Organisations- und Managementberatung GmbH

Libellenstraße 17

14129 Berlin

Mobil: 0151 – 54 66 00 92

Büro: 030 – 805 84 466 bzw. 030 - 803 51 73

Telefax: 030 – 805 84 467

E-Mail: achim.poppelreuther@web.de

<http://www.omp-consult.de/>

Von hausbackener Behörde zum modernen Dienstleister

Verwaltung. Schleswiger Stadtverwaltung speckt von sechs auf drei Ämter ab. Knapp acht Planstellen sollen eingespart werden. Bürger erhalten Dienstleistungszentrum.

SCHLESWIG. Die Stadt Schleswig krempelt ihre Verwaltung um. Die jetzigen sechs Ämter werden zu drei zusammengelegt, ein eigenes Justizariat will die Stadt sich nicht mehr leisten. Durch Streichung von knapp acht Personalstellen erhofft sie sich eine jährliche Einsparung von bis zu 400.000 Euro, und die Bürger sollen ein Servicezentrum möglichst im Stadtwerke-Gebäude in der Poststraße erhalten. Eine Projektgruppe unter der Leitung von Hauptamtsleiter Bernd Sachau ist mit der Umsetzung des Gutachtens befasst. Bürgermeister Thorsten Dahl gehört ihr nicht an.

Achim Poppelreuther vom

Verwaltungen in einer schwierigen Situation, weil die Erwartungen der Bürger und der Politiker an sie ständig steigen, sie gleichzeitig aber mit den Herausforderungen des demographischen Wandels und der Globalisierung konfrontiert werden. Bei der Bestandsaufnahme der Stadtverwaltung mit ihren über 100 Mitarbeitern sei ihm aufgefallen, dass der Aufwand für die Städtepartnerschaften sehr groß sei. Er frage sich, ob es nicht auch »eine Nummer kleiner« gehe, sagte Poppelreuther.

Das Stadtmuseum sollte sich stärker auf seine originären Aufgaben konzentrieren. »Müssen die Geo-Bilder angeboten werden?«, fragte der Gutachter. Beim Bau- und Umweltamt empfahl er ein zentrales Immobilienmanagement und eine zentrale Vergabestelle einzurichten. Synergieeffekte durch interkommunale Kooperation sah er beim Standesamt, beim Rechnungsprüfungsamt und bei der Volkshochschule.

Kleine Fürstentümer

Insgesamt kam der Gutachter zu dem Ergebnis, dass „die

mer« etabliert, sei der Koordinierungs- und Abstimmungsaufwand hoch. Er empfahl deshalb die Konzentration auf drei Ämter: Ein Amt für zentrale Verwaltung und Finanzen, ein Bau- und Umweltamt, das zusätzliche Aufgaben bekommt, und ein Amt für Ordnung, Bildung, Kultur, Jugend und Soziales.

Diesem »Drei-Säulen-Modell« hat die Lenkungsgruppe, der Holger Ley (CDU) für die Selbstverwaltung, Bürgermeister Thorsten Dahl, die Personalratsvorsitzende Ulrike Naujoks, die Gleichstellungsbeauftragte Karin Petersen-Nißen und der Hauptamtsleiter Bernd Sachau angehören, zugestimmt. Außerdem gibt es eine vertragliche Vereinbarung zwischen Verwaltung und Ratsversammlung über die Umsetzung der Organisationsuntersuchung, die jetzt eingeleitet wird. Wenn die Lenkungsgruppe dem Masterplan zugestimmt hat, soll Anfang November ein neues Personal-konzept erstellt werden.

»Sie haben die Chance für eine grundlegende Modernisierung der Verwaltung«, mahnte der Gutachter. »Es wä-

»OMP-Consult-Kienbaum-Beraterteam« stellte im Hauptausschuss am Montagmittag das Organisationsgutachten für die Stadtverwaltung vor. Wie er erläuterte, befinden sich die Kommunal-

Stadtverwaltung zu viele Ämter und Stabsstellen habe, mithin zu breit aufgestellt sei. Dadurch komme es zu einer Zersplitterung von Fach- und Ressourcenverantwortung, hätten sich »kleine Fürstentü-

re jammerschade, wenn es versandet. Wir sehen das Potenzial für einen Wandel von einer hausbackenen Behörde zu einem modernen Dienstleister.«

Renate Hopfe
rh@fla.de

Expertengutachten

"Stadtverwaltung hat zu viel Personal"

6. Oktober 2010 | 04:50 Uhr | Von dj

Die Stadtverwaltung verfügt über zu viel Personal, ist zu kompliziert organisiert und hat den Sprung von der Behörde zum modernen Dienstleister noch nicht geschafft. Dies ist das Ergebnis eines neuen Organisationsgutachtens, das jetzt im Hauptausschuss vorgestellt worden ist. Das Papier trägt die Unterschrift des Kommunalexperthen Achim Poppelreuther (OMP GmbH) aus Berlin. Gemeinsam mit vier weiteren Beratern - unter anderem von "Kienbaum" - hat er die Stadtverwaltung in diesem Jahr unter die Lupe genommen.

Das Gutachten ist für die Führungskräfte des Rathauses wenig schmeichelhaft. Poppelreuther hält ihnen darin den komplexen Aufbau der Verwaltung vor. Es gebe eine "Zersplitterung von Fach- und Ressourcenverantwortung und damit einen erhöhten Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf", sagte er. Das bedeutet: Die sechs Ämter der Stadtverwaltung befassen sich teilweise mit denselben Themen, aber dabei durchaus mit verschiedenen Zielen. Bei der derzeitigen Struktur bestehe die Gefahr, "dass kleine Fürstentümer herausgebildet werden". Jeder Verantwortliche versuche, das Beste für sein Amt herauszuschlagen. Poppelreuthers Empfehlung: nur noch drei statt sechs Ämter.

Dies würde zwangsläufig zu größeren Einheiten führen - eine Entwicklung, die der Verwaltung aus Sicht des Fachmannes auch im Hinblick auf ein effektives und effizientes Management gut tun würde. Die Verantwortlichen der jeweiligen Ämter sollten sich auf Management-Aufgaben konzentrieren, Arbeitsziele festlegen, Mitarbeiter führen und somit eine zukunftsorientierte Personalplanung betreiben, riet Poppelreuther. Derzeit seien die Leiter mancher Ämter vor allem als "Hauptsachbearbeiter" aktiv.

Die Fachleute untersuchten nahezu jeden Arbeitsplatz mit den jeweils zugeordneten Aufgaben. Dabei stellten sie fest: Der Personalbestand ist größer als erforderlich. Insgesamt verfügt die Stadtverwaltung über 86,21 volle Stellen, die sich auf 101 Vollzeit- und Teilzeitkräfte verteilen. Nach den Berechnungen der Fachleute sind das 7,45 Stellen zu viel. Würde man diese abbauen, könnte die Stadt jährlich 350 000 bis 400 000 Euro sparen.

Das Gutachten umfasst 130 Verbesserungsvorschläge. Einer der wichtigsten: Das Einwohnermeldeamt sollte aus dem nicht zentral gelegenen Rathaus ausziehen und in ein neu zu schaffendes Bürgerservice-Büro im derzeitigen Stadtwerkehaus einziehen. Ein weiterer Punkt: Das von Politikern wiederholt als "überflüssig" bezeichnete städtische Justizariat konnte auch bei den Gutachtern nicht punkten. Die Aufgaben des Justiziariats könnten die jeweiligen Ämter dank ihrer Fachkompetenz selbst übernehmen. Bei Bedarf sollte man auf externe juristische Berater zurückgreifen.

Im Klaren waren sich die Politiker darüber, dass eine etwaige Neuschneidung der Ämter für Konflikte sorgen werde. Frank Neubauer (CDU) fragte nach, ob die

Leiter der möglicherweise künftig nur noch drei Ämter zwangsläufig aus dem Kreise der bisherigen Amtsleiter rekrutiert werden müssen. Dies wurde von Poppelreuther verneint. Üblicherweise sei es so, dass solche Stellen ausgeschrieben werden und sich jeder bewerben könne. Bewährt hat sich seinen Worten zufolge, dass die Fähigkeiten der Bewerber von Spezialisten in aufwändigen Tests geprüft werden.

In eineinhalb bis zwei Jahren sollen alle Verbesserungsvorschläge umgesetzt werden. Der Gutachter empfahl der Politik dringend, dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Ausschussvorsitzender Holger Ley (CDU) sicherte ihm dies spontan zu. Poppelreuther indes hatte seine Empfehlung nicht ohne Hintergrund ausgesprochen. Rathaus-Mitarbeiter hatten ihm gegenüber die Befürchtung geäußert, dass die Verbesserungsvorschläge "versanden würden". Dies sei nach Angaben der Mitarbeiter auch nach den letzten Gutachten so geschehen.